

**Antrag 104/II/2025****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: ASJ (Konsens)****Nur „Ja“ heißt „Ja“: Sexualstrafrecht reformieren, Artikel 36 der Istanbul-Konvention in deutsches Recht umsetzen jetzt!**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordneten-  
 2 haus, im Senat, im Bundestag und in der Bundesregie-  
 3 rung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass  
 4 das Sexualstrafrecht in Deutschland basierend auf dem  
 5 Konzept des Einverständnisses reformiert und Artikel 36  
 6 der Istanbul-Konvention endlich in deutsches Recht um-  
 7 gesetzt wird.

8  
 9 Die Kernpunkte des Reformauftrages:

- 10 1. § 177 StGB reformieren: Jede nicht einverständliche  
 11 sexualisierte Handlung soll zentraler Grundtatbe-  
 12 stand werden – konventionskonform, klar definiert  
 13 („freiwillig und in Kenntnis der Umstände“), mit bei-  
 14 spielhaften Indizien für Einverständnis bzw. dessen  
 15 Fehlen. Das Einverständnis muss frei und aufgeklärt,  
 16 spezifisch, im Voraus und widerruflich sein.
- 17 2. Definition und Auslegungshilfen gesetzlich veran-  
 18 kern: Klarstellung, dass Passivität kein Einverständ-  
 19 nis ist; Berücksichtigung von Angst, Schockstar-  
 20 re („Freeze“), Abhängigkeits- und Machtdynami-  
 21 ken, sowie begleitende Leitlinien für Strafverfol-  
 22 gung/Justiz.
- 23 3. Flankierende Maßnahmen: Pflichtfortbildungen für  
 24 Polizei/StA/Gerichte; spezialisierte Zuständigkei-  
 25 ten; Ausweitung der vertraulichen Spurensicherung  
 26 mit dem Ziel bundesweit flächendeckende Angebo-  
 27 te zu schaffen; verlässliche Statistik; verbindliche  
 28 Qualitätsstandards für Opferrechte und Beratung,  
 29 Ausbau sexualpädagogischer Bildungsange-  
 30 bote, sowie die Umsetzung des Artikel 35 der  
 31 Gewaltschutz-Richtlinie (EU Richtlinie 2024/1385).
- 32 4. Strafmaß evaluieren: Deutschland braucht eine kla-  
 33 re und differenzierte Strafzumessung im Sexual-  
 34 strafrecht, die die Verhältnismäßigkeit wahrt. Die  
 35 Mindeststrafen sollen überprüft werden, um Kon-  
 36 sistenz im Strafrecht herzustellen<sup>1</sup>, insbesondere in  
 37 Hinblick auf das Strafmaß. Schutzlücken sollen ge-  
 38 schlossen werden, damit Gerichten keine Hintertü-  
 39 ren für pauschale Absenkungen gelassen werden.  
 40 Eine begleitende wissenschaftliche Evaluation soll  
 41 nach drei Jahren prüfen, ob Strafmaß und Anwen-  
 42 dungspraxis den Schutzzielen entsprechen.

**Begründung**

46 Artikel 36 der Istanbul-Konvention (IK) verlangt, dass se-  
 47 xualisierte Handlungen ohne freiwilliges Einverständnis

48 strafbar sind – nicht erst bei Gewalt, Drohung oder er-  
49 kennbar geäußertem „Nein“. Die Konvention betont aus-  
50 drücklich, dass „freiwillig“ nach den Umständen des Ein-  
51 zelfalls zu bestimmen ist (Art. 36 Abs. 2). In Deutschland  
52 ist das Übereinkommen 2018 in Kraft getreten. Die ers-  
53 te Bewertung des Europarats durch das unabhängige Ex-  
54 pert\*innengremium GREVIO (Group of Experts on Action  
55 against Violence against Women and Domestic Violence)  
56 mahnt jedoch weitere Angleichung an das Einwilligungs-  
57 prinzip an.<sup>2</sup>

58  
59 Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) fordert eben-  
60 falls seit Jahren eine vollständige Umsetzung des Art.  
61 36 Istanbul Konvention in deutsches Recht – inklusive  
62 Zustimmungstatabstand, evidenzbasierter Praxisleitfä-  
63 den, Fortbildung von Polizei/Justiz und monitoringfähi-  
64 ger Statistik. Er hat 2024 die Bundesregierung und ins-  
65 besondere das BMJ und das BMBFSFJ dafür kritisiert, die  
66 Einführung einer konsensbasierten Definition im Rahmen  
67 der Verhandlungen Gewaltschutzrichtlinie 2024/1385 blo-  
68 ckiert zu haben. Diese Fachforderungen sind deckungs-  
69 gleich mit feministischer und völkerrechtlicher Expertise  
70 – wir sollten sie aufgreifen.

71  
72 <sup>3</sup>  
73 <sup>4</sup>  
74 <sup>5</sup>  
75 <sup>6</sup>  
76 Lücke im deutschen Recht: „Nein heißt Nein“ reicht nicht  
77 aus  
78 Mit dem 50. StrÄndG 2016 verankerte der Gesetzgeber  
79 das Prinzip „Nein heißt Nein“ in § 177 StGB („gegen den  
80 erkennbaren Willen“). Das war ein Fortschritt – bedeu-  
81 tet aber weiterhin, dass die Verantwortung vor allem  
82 beim Opfer liegt, seinen Widerstand eindeutig zu zei-  
83 gen. Schweigen, Erstarren (Freeze) oder ambivalentes Ver-  
84 halten werden zu oft als „kein erkennbares Nein“ miss-  
85 verstanden. Ein affirmatives Einverständnis-Modell („Nur  
86 Ja heißt Ja“) wäre konventionskonform und praxisnäher,  
87 weil es aktive Zustimmung in den Mittelpunkt stellt. GRE-  
88 VIO empfiehlt hierzu ausdrücklich weitere Schritte.<sup>7</sup>

89  
90 <sup>8</sup>  
91 <sup>9</sup>  
92 <sup>10</sup>  
93 <sup>11</sup>  
94 Politische Entwicklung unter BMJ Buschmann (2021–  
95 2025): Stillstand im Inland, Blockade in Europa  
96 Unter Justizminister Marco Buschmann blieb eine Reform  
97 hin zu „Nur Ja heißt Ja“ aus. Auf EU-Ebene blockierte  
98 Deutschland – unter Federführung des BMJ – die Aufnah-  
99 me einer Zustimmung-Definition von Vergewaltigung in  
100 die EU-Gewaltschutz-Richtlinie mit der Begründung feh-

101 lender EU-Zuständigkeit. Das Ergebnis: eine Richtlinie oh-  
 102 ne EU-weite Vergewaltigungsdefinition, trotz Forderun-  
 103 gen von Zivilgesellschaft und Frauenverbänden. Das war  
 104 ein politisches Signal gegen den europäischen Fortschritt  
 105 und widersprach unserem Koalitionsauftrag, die Istanbul-  
 106 Konvention vorbehaltlos umzusetzen.<sup>12</sup>

107

108 Evaluation des Strafmaßes

109 Eine Reform des Sexualstrafrechts darf nicht nur den  
 110 Tatbestand anpassen, sondern muss auch das Strafmaß  
 111 in Hinblick auf Rechtssicherheit und Verhältnismäßig-  
 112 keit kritisch überprüfen. Eine tat- und schuldangemes-  
 113 sene Strafzumessung ist ein zentrales Element unseres  
 114 Rechtsstaats. Zu hohe Mindeststrafen können dazu füh-  
 115 ren, dass Umstände des Einzelfalls nicht ausreichend Be-  
 116 rücksichtigung finden können, zu niedrige Strafunter-  
 117 grenzen schwächen den Schutz und unterlaufen die ge-  
 118 neralpräventive Wirkung. Nur eine balancierte Strafan-  
 119 drohung schafft Vertrauen bei Betroffenen und Abschre-  
 120 ckung bei potentiellen Tätern.

121 Andere europäische Länder wie Schweden, Dänemark und  
 122 die Niederlande haben ihre Zustimmungsgesetze mit ei-  
 123 ner Überprüfung der Strafrahen verbunden, um Kon-  
 124 sistenz im Strafrecht herzustellen. Eine deutsche Reform  
 125 sollte sich daran orientieren, um nicht in Schutzniveaus  
 126 auseinanderzufallen.

127 Eine begleitende wissenschaftliche Evaluation nach drei  
 128 Jahren stellt sicher, dass die Reform nicht nur symbolisch  
 129 bleibt, sondern in der Praxis wirksam ist. Damit verbind-  
 130 en wir den Reformauftrag mit einem lernenden Gesetz-  
 131 gebungsprozess, der Fehler wie in Spanien vermeidet und  
 132 europäische Best Practices berücksichtigt.

133

134 <sup>13</sup>

135 Beschlusslage der SPD & SPD Frauen

136 Die SPD und die ASF fordern seit Jahren Gewaltschutz  
 137 nach IK-Standard. Die ASF-Bundeskonferenz 2023 hat u.  
 138 a. die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention,  
 139 besseren Schutz vor sexueller Gewalt und die Strafbarkeit  
 140 von sexueller Belästigung im öffentlichen Raum bekräf-  
 141 tigt. Unser Antrag konkretisiert diese Linie: Umsetzung  
 142 von Art. 36 der Istanbul-Konvention ins StGB.

143

144 Fazit

<sup>1</sup>[https://www.zeit.de/gesellschaft/2024-02/eu-richtlinie-vergewaltigungen-gewalt-gegen-frauen-blockade?utm\\_source=chatgpt.com](https://www.zeit.de/gesellschaft/2024-02/eu-richtlinie-vergewaltigungen-gewalt-gegen-frauen-blockade?utm_source=chatgpt.com)

<sup>2</sup>[https://rm.coe.int/1680462535?utm\\_source=chatgpt.com](https://rm.coe.int/1680462535?utm_source=chatgpt.com)

<sup>3</sup>

<sup>4</sup>

<sup>5</sup>

<sup>6</sup>

<sup>7</sup>[https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2016/kw27-de-selbstbestimmung-434214?utm\\_source=chatgpt.com](https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2016/kw27-de-selbstbestimmung-434214?utm_source=chatgpt.com)

<sup>8</sup>

<sup>9</sup>

<sup>10</sup>

<sup>11</sup>

<sup>12</sup>[https://www.zeit.de/gesellschaft/2024-02/eu-richtlinie-vergewaltigungen-gewalt-gegen-frauen-blockade?utm\\_source=chatgpt.com](https://www.zeit.de/gesellschaft/2024-02/eu-richtlinie-vergewaltigungen-gewalt-gegen-frauen-blockade?utm_source=chatgpt.com)

<sup>13</sup>

145 Deutschland braucht jetzt ein klares, konventionskon-  
146 formes „Nur Ja heißt Ja“ im StGB – flankiert von  
Praxisstandards, Fortbildung und Opferschutz. Sexuelle  
Selbstbestimmung heißt aktives Einverständnis. Das  
Einverständnis-Modell ist die normative Übersetzung sexueller  
Selbstbestimmung. Es stärkt Grundrechte, schützt besser vor  
sekundärer Viktimisierung und setzt den europäischen Standard  
um. Nach Jahren des Stillstands ist jetzt der Zeitpunkt für eine  
vorbehaltlose Umsetzung der Istanbul Konvention, die wir international  
und parteipolitisch zugesagt haben.